

Öffentliche Sitzung des Gemeinderats am 31. Januar 2007

R. Pr. Nr. 9

Neuwahl von Aufsichtsratsmitgliedern der Albtal-Verkehrs-Gesellschaft mbH
– **Entscheidung über die Vertretung der Stadt Ettlingen**

Beschluss: (einstimmig)

Der Tagesordnungspunkt wird auf eine der nächsten Sitzungen des Gemeinderats vertagt.

- - -

Die Verwaltung teilte hierzu mit:

Nach § 9 Abs. 3 des Gesellschaftsvertrages der Albtal-Verkehrs-Gesellschaft mbH erfolgt die Bestellung der Aufsichtsratsmitglieder für die Zeit bis zur Beendigung der Gesellschafterversammlung, die über die Entlastung für das vierte Geschäftsjahr nach Beginn der Amtszeit beschließt, wobei das Geschäftsjahr, in dem die Amtszeit beginnt, nicht mitgerechnet wird.

Nach den Bestimmungen des Gesellschaftsvertrages obliegt der Gesellschafterversammlung die Neuwahl der Mitglieder des Aufsichtsrates.

Die Stadt Ettlingen, die nach § 9 Abs. 2 des Gesellschaftsvertrages ein Mitglied zu stellen hat, war seit der Wahl vom 26. Juni 2002 durch Herrn Oberbürgermeister a.D. Josef Offele vertreten.

Die Wahl der neuen Aufsichtsratsmitglieder soll voraussichtlich am 27. Juni 2007 durchgeführt werden.

Die AVG hat darum gebeten mitzuteilen, wer in der nächsten Amtsperiode von 2007 bis 2012 die Stadt Ettlingen im Aufsichtsrat der Albtal-Verkehrs-Gesellschaft mbH vertreten wird.

Die Verwaltung schlägt vor, oben genannten Beschluss zu fassen, so dass Frau Oberbürgermeisterin Büsse-maker, für die Dauer ihrer Amtszeit in den Aufsichtsrat entsendet wird.

- - -

Bürgermeisterin Petzold-Schick erläutert den Beschlussvorschlag und die Vorlage der Verwaltung. Sie weist darauf hin, dass man sich für eine neutrale Fassung des Beschlussvorschlags entschieden habe, so dass grundsätzlich der amtierende Oberbürgermeister entsendet werden würde.

Stadtrat Foss erklärt, dass Wahlen geheim durchzuführen sind und die CDU-Fraktion nicht die Oberbürgermeisterin für die Entsendung in den Aufsichtsrat der Albtal-Verkehrs-Gesellschaft wählen werde. Grund hierfür sei, dass im Wahlkampf Herr Offele für seine zahlreichen anderen Ämter kritisiert worden sei und die Oberbürgermeisterin diese Nebenämter nun nicht alle übernehmen sollte.

Stadtrat Worms erläutert, dass er sowohl mit einer geheimen als auch mit einer offenen Wahl einverstanden sei.

Stadtrat Hinse erklärt sich mit einer geheimen Abstimmung einverstanden, jedoch sei für ihn auch ein offenes Verfahren in Ordnung.

Stadträtin Saebel erläutert, dass sie sich einer geheimen Abstimmung nicht widersetzen werde. Sie habe auch die Erfahrung gemacht, dass die Oberbürgermeister immer der Meinung seien, dass die Nebenämter wichtig und sie daher selbst im Gremium vertreten sein sollten.

Stadträtin Zeh erkundigt sich, wer sonst noch für dieses Amt in Frage käme.

Stadtrat Künzel informiert, dass es keine Alternativen gebe.

Oberbürgermeisterin Büsse-maker erklärt, dass die Verwaltung das Verfahren geändert habe und als Vertreter der Stadt der jeweils amtierende Oberbürgermeister in den Aufsichtsrat entsandt werden solle und nicht wie bisher eine Privatperson gewählt werde. Sie weist auch darauf hin, dass der Beschlussvorschlag keine Wahl, sondern eine Abstimmung sei. Sie fügt hinzu, dass sie viele Ämter abgegeben habe, aber die letzten drei Jahre gezeigt hätten, dass es sinnvoll sei, wenn die Verwaltungsspitze im Aufsichtsrat der AVG vertreten wäre. Sie spricht sich dafür aus, dass der jeweils amtierende Oberbürgermeister im Aufsichtsrat sei und der Beschlussvorschlag so formuliert worden ist, dass nicht bei jeder Wahl neu gewählt werden müsse. Sie betont, dass die Entsendung in den Aufsichtsrat nicht an eine Person geknüpft sei.

Bürgermeisterin Petzold-Schick ist der Ansicht, dass der Beschlussvorschlag fair sei und die Stadt im Aufsichtsrat einen Vertreter benötige. Sie ergänzt, dass gerade wegen der Nahverkehrsproblematik ein Vertreter der Verwaltungsspitze im Aufsichtsrat sein müsse. Sie verweist hierzu auf die Diskussionen wegen der Südbahn und stellt klar, dass es generell um die Position der Stadt Ettlingen in der Technologieregion gehe. Sie fordert die Gemeinderäte auf, ihre Entscheidung nochmals zu überdenken.

Oberbürgermeisterin Büsse-maker weist nochmals darauf hin, dass es sich bei der Beschlussvorlage nicht um eine Wahl handle und der Begriff „Wahl“ von der alten Vorlagen übernommen worden sei. Es handle sich beim heutigen Beschlussvorschlag um eine Abstimmung und sie bittet um Nennung der Gründe, wenn eine geheime Abstimmung gewünscht werde.

Bürgermeisterin Petzold-Schick erläutert, dass das Planungsamt unmittelbar der Oberbürgermeisterin unterstellt sei und eine fachnahe Vertretung daher gewährleistet wäre.

Stadtrat Foss ist der Meinung, dass es sich um eine Wahl handelt, die geheim durchgeführt werden müsse.

Oberbürgermeisterin Büsse-maker ist der Ansicht, dass keine Person gewählt werden würde.

Stadträtin Nickel stellt klar, dass es sich um keine Wahl handelt, da dies nur eine Verfahrensänderung darstelle.

Stadträtin Hofmeister lässt wissen, dass es sich um eine Entsendung und daher um keine Wahl handle und auch in der Vergangenheit der Beschlussvorschlag nachträglich geändert worden sei und sie dies hier vorschlage. Sie erkundigt sich, warum Herr Offele dieses Amt nicht zurückgegeben habe, als er nicht mehr in der Funktion des Oberbürgermeisters tätig gewesen sei. Sie ergänzt, dass dieses Amt nicht vergleichbar sei mit anderen Nebenämtern.

Stadtrat Deckers informiert, dass eine Person in den Aufsichtsrat entsandt werden würde und es sich daher um eine Wahl handle. Ebenso habe die Entscheidung unmittelbare Auswirkungen auf eine Person.

Stadtoberamtsrat Lechner trägt vor, dass die Verwaltung von einer Abstimmung ausgehe. Der in der Vorlage verwendete Text sei noch von der alten Vorlage, als Herr Offele als Privatperson entsandt worden sei. Er ergänzt, dass bei einer Wahl der Beschlusstext geändert werden und eine Person benannt werden müsse. Er erklärt, dass es sich heute um eine Abstimmung

handle, da man dies analog sehen könne, wie wenn der Gemeinderat den Gesellschaftsvertrag, beispielsweise der Stadtwerke, durch Abstimmung beschließe und hier einzelne Stadträte wählen und die Oberbürgermeisterin automatisch in ihrer Funktion entsandt werden würde.

Stadtrat Haas ist der Ansicht, dass man heute zwar nicht wähle aber der Beschluss eine Vorbereitung für die Wahl am 27. Juni 2007 sei und man heute deshalb wählen müsse.

Stadträtin Saebel weist darauf hin, dass in der Betreffzeile auch der Begriff „Neuwahlen“ auftauche. Sie verstehe nicht, warum es sich jetzt um keine Wahl mehr handeln solle und bittet die Verwaltung um Überarbeitung des Beschlussvorschlages und Auflistung der Alternativen für dieses Amt.

Oberbürgermeisterin Büsselmaker erläutert, dass sie nicht gewollt habe, dass ihr Name im Beschlusstext stehe. Die Verwaltung habe jedoch den alten Text fälschlicherweise übernommen und das Wort „Wahl“ nicht durch das Wort „Entscheidung“ ersetzt. Sie plädiert dafür, dass die Entsendung in den Aufsichtsrat unabhängig von der Person des Oberbürgermeisters gemacht werde, da dieser auch frühzeitig aus dem Amt ausscheiden könne.

Stadtrat Rebmann informiert, dass es sich hierbei um eine juristische Angelegenheit handle und die Wahl am 27. Juni 2007 statfinde und es sich daher heute um eine Abstimmung handle. Es werde auch nicht über eine Neuwahl beschlossen, sondern über die Grundsatzfrage, wer zur Wahl aufgestellt werden würde und dies solle der jeweilige Amtsinhaber sein.

Stadtrat Künzel ist ebenso der Meinung, dass man nicht wählen müsse.

Stadtrat Hinse schlägt vor, dass Wort „Wahl“ zu streichen.

Oberbürgermeisterin Büsselmaker erkundigt sich, ob Vertagung des Tagesordnungspunktes gewünscht werde.

Stadtrat Fey stimmt der Aussage von Stadtrat Deckers zu, dass die Entsendung personenbezogen sei und man daher wählen müsse. Er ergänzt, dass wenn es eine personelle Alternative gebe, man sowieso wählen müsse.

Oberbürgermeisterin Büsselmaker lässt wissen, dass man heute über das geänderte Verfahren entscheide und schlägt vor, erst darüber abzustimmen, ob geheim abgestimmt werden wolle und bei Zustimmung dann geheim abzustimmen, wer entsandt werde.

Stadtrat Foss widerspricht diesem Verfahren, da es sich um eine Wahl und um keine Abstimmung handle. Er fordert die Oberbürgermeisterin auf, die Vorlage zurückzuziehen und sich einen besseren Beschlussvorschlag zu überlegen.

Oberbürgermeisterin Büsselmaker weist darauf hin, dass die Entsendung des Vertreters nicht an die Amtszeit geknüpft werden sollte, wie damals bei Herrn Offele und sie die Vorlage nicht mehr zurückziehen könne. Sie erkundigt sich, ob der Wunsch im Gemeinderat bestehe, diesen Tagesordnungspunkt zu vertagen.

Stadträtin Nickel wiederholt nochmals, dass es sich beim heutigen Beschlussvorschlag um eine Verfahrensänderung handle und man daher zustimmen und nicht wählen müsse. Sie stellt den Antrag, aus der Überschrift, dass Wort „Wahl“ zu streichen und vor „der/die“ die Begriffe „jeweilig amtierender Oberbürgermeister“ einzufügen.

Stadtrat Deckers stellt den Geschäftsordnungsantrag den Tagesordnungspunkt zu vertagen und die Rechtsmeinung der Kommunalaufsicht einzuholen.

Stadtrat Foss hält als Gegenrede, dass im Einzelfall neu entschieden werden soll, wer in den Aufsichtsrat entsandt werde. Er ergänzt, dass der Beschlussvorschlag zu weitgehend und für die Zukunft nicht zu überblicken sei und er dann auch einer offenen Abstimmung zustimme.

Stadtrat Deckers zieht seinen Geschäftsordnungsantrag zurück.

Stadträtin Lumpp ist unklar, warum nicht eine Person entsandt werden soll.

Oberbürgermeisterin Büsselmaker erklärt, dass beispielsweise vier Mitglieder des Gemeinderats der Stadt Karlsruhe in den Aufsichtsrat gewählt werden würden, jedoch nicht vier Mitglieder der CDU-Fraktion, etc. Sie ergänzt, dass durch die Funktion eine bestimmte Person entsandt werde und wenn sie beispielsweise im Juni nicht mehr Oberbürgermeisterin wäre, dann automatisch ihr Nachfolger entsandt werde.

Stadtrat Foss fordert eine Sitzungsunterbrechung zur Beratung in der Fraktion.

Stadtrat Dr. Ditzinger lässt wissen, dass der Gemeinderat im Juni hätte wählen dürfen und heute die Vorlage ein Wahlverzicht bedeute. Er fügt hinzu, dass er persönlich lieber wählen wolle.

Bürgermeisterin Petzold-Schick stimmt Stadtrat Dr. Ditzinger zu, dass man sich für lange Zeit auf den jeweiligen Oberbürgermeister festsetze. Sie fügt hinzu, dass man auch jedes Mal neu wählen könne, jedoch bisher immer der Oberbürgermeister entsandt worden sei. Sie lässt wissen, dass entweder der Beschluss personifiziert oder immer der jeweilige Oberbürgermeister entsandt werden solle.

Stadtrat Foss fordert weiterhin eine kurze Sitzungsunterbrechung.

Oberbürgermeisterin Büsselmaker lässt wissen, dass sie noch drei Wortmeldungen habe.

Stadtrat Worms betont, dass bisher immer der amtierende Oberbürgermeister gewählt worden sei und hält die Begrenzung auf die Amtszeit für gut.

Stadträtin Eble stellt den Geschäftsordnungsantrag auf Schluss der Debatte.

Oberbürgermeisterin Büsselmaker stellt fest, dass es hierzu keine Gegenrede gibt und der Geschäftsordnungsantrag mehrheitlich angenommen wird.

Nach einer kurzen Sitzungsunterbrechung erklärt Stadtrat Foss, dass dem Antrag auf Vertagung zugestimmt werde. Es müsse außerdem noch rechtlich geklärt werden, wie Herr Offele aus dem Amt auszuscheiden habe und er einer Vertagung zustimme.

Oberbürgermeisterin Büsselmaker sagt zu, den Gesellschaftsvertrag nochmals an die Gemeinderäte zu versenden. Sie stellt fest, dass der Gemeinderat einstimmig die Vertagung des Tagesordnungspunktes auf eine der nächsten Sitzung des Gemeinderats beschließt.

- - -